

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juni 2021

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Jochen Mitschka: Wissen ist Macht!**
- **Stefan Aust, Dirk Laabs: "Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU"**
- **Hans-Georg Maaßen & Johannes Eisleben: Aufstieg und Fall des Postnationalismus**
- **N. Häring: .. Baerbock dank Weltwirtschaftsforum eine hochkompetente Nachfolgerin für Merkel ..**
- **J. Berger: Habemus Mamam ... kein Grund zur Freude**
- **Gert Ewen Ungar: Neokolonial, aggressiv, konfrontativ – Das Grünen-Wahlprogramm zur Außenpolitik**
- **Michael Lüders: ... Wieso die Gewalt zwischen Israel und den Palästinensern immer wieder eskaliert**
- **Florian Rötzer: Moshe Zuckermann: "Israel braucht die Hamas, die Hamas braucht Netanjahu"**
- **Human Rights Watch beschuldigt Israel der Apartheid**
- **Friedhelm Klinkhammer & Volker Bräutigam: Iran lässt den Biden baden gehen**
- **Amerika21: Hunderte Organisationen aus Europa und Lateinamerika gegen EU-Mercosur-Freihandel**
- **Hans Köchler: Menschenrechte u. friedliche Koexistenz der Staaten: Universalität – Vielfalt – Dialog**
- **Michael Schillinger: Ein Besuch in Liberia**
- **Laurenz Nurk: Leben auf der Straße**
- **Eines der größten Unternehmen Spaniens gehört seinen Arbeitern, die Genossenschaft Mondragón**
- **C. Ronnefeldt: Städtepartnerschaft Köln Wolgograd**

Zitat des Monats von [Immanuel Kant](#):

**Die Pflicht gegen sich selbst besteht darin,
dass der Mensch die Würde der Menschheit in seiner eigenen Person bewahre.**

Editorial

Wissen ist Macht – aber wie kommt man an Wissen? Jochen Mitschka zeigt **Grenzen der Wissens- und Meinungsvielfalt** auf, die trotz unüberschaubarer Medienpräsenz zunehmend gezogen werden; dagegen will ein gemeinnütziger Verein politisches Wissen zu erschwinglichen Preisen ermöglichen. Ein Beispiel für solche Grenzen, zweiter Beitrag, ist auch die mangelhafte Aufklärung bei **den NSU-Gerichtsverfahren**. Der ehemalige Verfassungsschutzpräsident **Hans-Georg Maaßen**, der heute für den Bundestag kandidiert, stellt seine politische Mission in einen großen gesellschaftspolitischen Zusammenhang und widerspricht deutlich dem Vorwurf, selbst rechtsradikal verstrickt zu sein. In drei weiteren Beiträgen werden **Annalena Baerbock** und die **politische Rolle der Grünen** kritisch dargestellt.

Michael Lüders berichtet in einem Video umfassend und eindrucksvoll über die **Situation in Israel / Palästina**. Ergänzt wird dies durch die Darstellungen von Moshe Zuckermann und Human Rights Watch. Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam berichten über ein **Bündnis zwischen Iran, Russland und China** und kritisieren, dass die Europäer ihre Interessen auf diesem Kontinent wegen ihrer US-Gefolgschaft nicht richtig wahrnehmen. Auf der anderen Seite der Erde, in Südamerika, wurde ein **Freihandelsabkommen mit der EU** abgeschlossen, gegen das sich nun 450 soziale Organisationen (auch aus Europa) ausgesprochen haben, weil es nicht den **Interessen der dortigen Bevölkerung** entspricht.

In einem Grundsatzbeitrag erläutert Prof. Hans Köchler die **Notwendigkeit der Nichteinmischung und des gegenseitigen Respekts** zwischen den Staaten auch als einen Bestandteil der Realisierung der Menschenwürde. Wie verschieden Menschenrechte realisiert oder in Frage gestellt werden, zeigen die weiteren Beiträge: die eindrucksvollen Reportagen über einen **Mann aus Liberia**, der auch in Europa nach einer Lebensperspektive gesucht hat und nach Jahren zurückkehren musste; die **politisch verursachte Schwierigkeit für ärmere Menschen** selbst in Deutschland, angemessenen Wohnraum zu finden; ein seit vielen Jahren erfolgreiches, **genossenschaftlich organisiertes Wirtschaftsunternehmen** im spanischen Baskenland. Zuletzt erzählt die Vorsitzende des Städtepartnerschaftsvereins Köln-Wolgograd von den **Aktivitäten zur Völkerverständigung**.

[Inhalt](#) ↑

● Jochen Mitschka: **Wissen ist Macht!**

Fremdsprachige Texte werden aus kommerziellen Gründen nicht übersetzt, wichtige digitale Inhalte gehen in einem Informationstsunami der Massenmedien unter, die Algorithmen von Suchmaschinen machen wichtige Inhalte kaum auffindbar, Soziale Medien üben Zensur aus, gesellschaftlich relevante Diskussionsbeiträge bleiben praktisch unsichtbar, digitale Beiträge werden nicht in Beziehung zueinander gesetzt, weil sie alleine stehen, Foren und andere Medien fördern die politische Wohlfühl-Blasenbildung.

Das und noch mehr verursacht nach Jochen Mitschka, dass nur eine gewisse Schicht der Gesellschaft, nämlich die mit Zeit, erweiterter Bildung und Geld, in der Lage ist, sich ein Bild von der pluralistischen Vielfalt der Meinungen zu machen. Um das zu ändern, wurde am 25.01.2021 der [gemeinnützige Verein für politische Bildung "Der Politikchronist e.V. i.Gr." als Graswurzelprojekt gegründet](#). Der Verein will absolut überparteilich bleiben, offen für einen Diskurs mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Meinungen; er will nicht mit kommerziellen Verlagen konkurrieren.

[Jochen Mitschka](#), Jg. 1952, 2009 Rückkehr aus Asien, Gründer der Piratenpartei, Übersetzer, Autor unter verschiedenen Pseudonymen von Artikeln und Büchern über Politik und Gesellschaft Südostasiens; seit seinem Ruhestand (2017) schreibt er unter eigenen Namen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Stefan Aust, Dirk Laabs: **"Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU"**

Stefan Aust und Dirk Laabs zeigen in ihrem Buch "[Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU](#)" die Anatomie des rechten Terrors in Deutschland am Beispiel der NSU auf. Deren Mitglieder konnten ihre Verbrechen begehen, obwohl sie von V-Männern des Verfassungsschutzes umstellt waren. Vor allem bringen die Autoren da Licht in die Geschichte, wo der Prozess gegen Mitglieder des NSU wenig Aufklärung brachte. Das Buch zeigt, wie sehr Verfassungsschutz und rechte Szene verquickt waren – schon vor der NSU. [So stand der Verfassungsschutz auch einem Verbot der NPD im Wege](#), um seine eigene Rolle zu verschleiern. Beim Thüringer Heimatschutz waren die V-Leute die wesentlichen Drahtzieher. Allerdings sieht Aust keine direkte Kausalität zwischen der NS-belasteten Nachkriegsgeschichte z.B. des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Jahrzehnte später ablaufenden Vorgängen, [auch wenn die jeweils dahinterstehende Ideologie in das Dritte Reich zurückreicht](#). Ein beunruhigendes, aber gut recherchiertes Buch. – [Leseprobe](#).

In seinem [Krimi "Die schützende Hand"](#) lässt Wolfgang Schorlau seinen Privatermittler Georg Dengler Schicht für Schicht eines Staatsverbrechens, nämlich die Morde der NSU, aufdecken. Letztlich stellt sich der Tatort des angeblichen Selbstmords von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt als komplette Inszenierung heraus. Beide verstarben schon mindestens zwölf Stunden vor dem offiziell angegebenen Todeszeitpunkt.

[Stefan Aust](#), Jg. 1946, zunächst Redakteur bei "Konkret", dann Mitarbeiter beim NDR, danach Chefredakteur und letztlich Geschäftsführer bei 'Der Spiegel', [danach Herausgeber der Tageszeitung 'Die Welt'](#). Herausgeber zahlreicher Bücher und Autor verschiedener Film- und Fernsehdokumentationen zu meist politischen Themen. (Red.)

[Dirk Laabs](#), Jg. 1973, investigativer Journalist und ausgezeichnete Filmmacher, recherchierte jahrelang auf dem Gebiet islamistischer und internationaler Terrorismus. Seine Dokumentationen liefen auf zahlreichen Sendern in Deutschland, der Schweiz und dem restlichen Europa. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Hans-Georg Maaßen & Johannes Eisleben: **Aufstieg und Fall des Postnationalismus**

Hans-Georg Maaßen und Johannes Eisleben sehen insbesondere in den Ländern der OECD einen kulturellen Niedergang, verbunden mit einer massiven Konzentration des Privatvermögens sowie steigenden staatlichen Ausgaben, die durch Steuern und Verschuldung finanziert sind und über Zinsen und Konsum wiederum der Privatwirtschaft zufließen. [Pluralismus und Demokratie würden zunehmend grundsätzlich in Frage gestellt](#). "Wir müssen befürchten, dass wir am Ende in Gesellschaften leben, die das genaue Gegenteil dessen sind, wofür unsere Vorfahren und die Ostdeutschen 1989 gekämpft haben: undemokratische, totalitäre supranationale Systeme.

Die sozialistischen und die globalistischen Kräfte scheinen sich verbündet zu haben, um genau dieses Ziel zu erreichen. Schon die Architekten des Kommunismus und anderer totalitärer Regime wussten, dass eine Gesellschaft sehr viel leichter in einen totalitären Staat transformiert werden kann, wenn man die familiären und lokalen Zusammenhalte auflöst, wenn man die Menschen entwurzelt, wenn man ihre Traditionen und Nationalkulturen zerstört. Denn auf diese Weise verwandeln sie sich in eine anonyme, atomisierte Masse, die leicht zu kontrollieren und zu manipulieren ist. Die gegenwärtigen Entwicklungen in den westlichen Gesellschaften scheinen diesem Muster zu folgen und es den Feinden unserer freien Demokratien leichter zu machen, totalitäre Strukturen zu etablieren. Seit den achtziger Jahren erleben wir, wie die klassische geisteswissenschaftliche Universitätsausbildung durch ideologische Indoktrination ersetzt wird.

Doch solche Gesellschaften wären zutiefst dystopisch; sie wären unfähig, Wohlstand oder Zusammenhalt zu generieren. Nur Nationen, die aus freien Bürgern bestehen, die eine gemeinsame Kultur und Rechtsstaatlichkeit teilen, gelingt es, in innerem und äußerem Frieden zu leben. Nur sie weisen einen befriedeten öffentlichen Raum, demokratische Partizipation und Repräsentation auf; nur sie verwirklichen angemessene Eigentumsstrukturen und sind durch internationalen Handel ihren Partnern gegenüber friedfertig.“

In einem aktuellen Streitgespräch mit dem FDP-Politiker Kuhle nimmt [Maaßen zu verschiedenen politischen Themen](#) Stellung. Unter anderem weist er überzeugend Anschuldigungen zurück, er sympathisiere mit rechtsradikalen Bewegungen oder Zielsetzungen

[Hans-Georg Maaßen](#), Jg. 1962, ist CDU-Mitglied, Jurist und politischer Beamter; war von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV); Autor von Publikationen zum Ausländerrecht und zum Recht der inneren Sicherheit. (Red.)

*[Johannes Eisleben](#), Jg. 1971, ist Mathematiker und arbeitet als Systeminformatiker. Er publiziert auch auf dem Portal [achgut.com](#) sowie in der Zeitschrift *Tumult*. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Warum Baerbock dank Weltwirtschaftsforum eine hochkompetente Nachfolgerin für Merkel wäre**

Annalena Baerbock, die am 19.04.2021 zur Kanzlerkandidatin der Grünen ausgerufen wurde, hat etwas mit der amtierenden Kanzlerin Angela Merkel gemeinsam: Sie [wurde vom Weltwirtschaftsforum zur 'Young Global Leader' gekürt](#). Bei Baerbock war das im Jahr 2020. Und sie hat das auch gemeinsam mit dem späteren spanischen Ministerpräsidenten Aznar, dem späteren EU-Kommissionschef Barroso, dem späteren britischen Regierungschef Blair, und seinem späteren Finanzminister Brown, dem späteren französischen Regierungschef Sarkozy sowie dem Gesundheitsminister Spahn. Auch Gregor Hackmack, Mitbegründer und Geschäftsführer von [abgeordnetenwatch.de](#) und Deutschland-Chef von [change.org](#), der weltgrößten Plattform für Online-Petitionen gehört dazu. Die 'Young Global Leader' durchlaufen ein 5-jähriges Führungs-Ausbildungsprogramm, für das im Finanzjahr 2018/19 stolze 4,5 Mio. Franken zur Verfügung standen.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jens Berger: Habemus Mamam ... das ist jedoch kein Grund zur Freude**

Jens Berger erinnert uns angesichts der vielseitigen Lobeshymnen zur Grünen Kanzlerkandidatin Baerbock daran, dass der letzte mit Freude begrüßte Kanzlerkandidat der Grünen Joschka Fischer hieß. Seine Regierungsbeteiligung ist verbunden “mit Hartz IV, Rentenkürzungen, völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und Bomben auf Belgrad. Offenbar haben das Viele schon vergessen.“ Baerbock sei eine Kalte Kriegerin, befürworte zusätzliche Auslandseinsätze, sei für höhere Militärausgaben, fordere den Stopp von 'Nord Stream 2' und stehe für eine Erneuerung der transatlantischen Agenda. Berger warnt: [“Was mit den Bomben auf Belgrad begann, setzt sich in Person von Annalena Baerbock nahtlos fort.“](#)

Für Thomas Röper steht die den Transatlantikern verpflichtete Baerbock für eine [sehr aktiv in die Netzwerke von NGOS eingebundene Berufspolitikerin](#). So ist sie Mitglied des 'German Marshall Fund'. Sie ist im 'Europa/Transatlantik Beirat' der Heinrich-Böll-Stiftung aktiv. Auch im 'Parlamentarischen Freundeskreis Berlin-Taipeh', der sich für ein unabhängiges, souveränes Taiwan einsetzt und auch im Stiftungsrat der 'Leo Baeck Foundation', die nach eigenen Angaben “das Judentum in Europa festigen und ausbauen sowie eine Perspektive des interreligiösen

Dialogs schaffen“ möchte. Baerbock “wird, so wie die anderen, sicher nicht die Hand beißen, die sie füttert“.

Nach der Befürwortung von Waffenlieferungen an die Ukraine fragt sich Tobias Riegel: “Was können Habeck und Baerbock, [was können die Grünen mit dieser gefährlichen und bei den deutschen Bürgern nicht beliebten Eskalation gegen Russland gewinnen?](#) Was versprechen sie sich davon, dass scharfe Ressentiments gegen Russland zum letzten verbliebenen grünen Markenzeichen zu werden drohen? Wiegt ein Schulterklopfen der transatlantischen Strukturen und deren Vertreter in der Ukraine die Antipathien auf, die sie in Deutschland mit dieser Eskalation hervorrufen?“

[Jens Berger](#), Jg. 1972, abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaftslehre, freier Journalist, Redakteur der [NachDenkSeiten](#); schreibt zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gert Ewen Ungar: **Neokolonial, aggressiv und konfrontativ – Das Grünen-Wahlprogramm zur Außenpolitik**

Gert Ewen Ungar setzt sich ausführlich mit dem Programmentwurf der Grünen für die Bundestagswahl auseinander. Sein Resümee: “Was sich die Grünen in ihren Programmentwurf geschrieben haben, ist auf der einen Seite absolut naiv, auf der anderen Seite in dieser Naivität absolut gefährlich. [Wer die Grünen wählt, wählt die außenpolitische Rücksichtslosigkeit, die Konfrontation, macht den europäischen Kontinent zum Austragungsort geopolitischer Konflikte, wählt den Krieg.](#) All dies geht aus dem Programmentwurf hervor. Er ist, wie eingangs geschrieben, getragen vom neoimperialen, neokonservativen Geist und einem kompromisslosen Glauben an die eigene Überlegenheit. Von den Grünen kommt für Europa nichts Gutes.“

Der [Programmentwurf von ‘Bündnis 90/ Die Grünen‘ zur Bundestagswahl 2021](#) umfasst 137 Seiten.

[Gert-Ewen Ungar](#), Jg. 1969, studierte in Frankfurt am Main Philosophie und Germanistik, lebt jetzt in Berlin und arbeitet als Pädagoge in der Sozialpsychiatrie. Seit 2014 absolviert er regelmäßig Reisen nach Russland und berichtet über seine dortigen Erfahrungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michael Lüders: **Krieg ohne Ende? Wieso die Gewalt zwischen Israel und den Palästinensern immer wieder eskaliert**

Michael [Lüders äußert sich am 20.05.2021 zur immer wiederkehrenden Gewalt zwischen Israel und den Palästinensern](#) (Video, 35m20). Lüders zählt die Toten, Verletzten und Zerstörungen der letzten Tagen vor dem 20.05.2021 auf. Er stellt die Hintergründe zu den Vorgängen, die Vorgänge selbst und die Entwicklung seit den Vorgängen auf dem Tempelberg dar. Der Konflikt wurde nach Lüders bewusst herbeigeführt. Er weist auch darauf hin, dass die Realisierung einer Zweistaatenlösung aufgrund der von Israel geschaffenen Fakten nicht mehr realisierbar ist.

Verlierer sind in jedem Fall stets die Palästinenser, denen als den Schwächeren das Recht verweigert wird. Das gilt insbesondere für die Menschen im seit 2007 komplett eingeschlossenen und durch Bombardements weitgehend unbewohnbaren Gazastreifen. Es gilt aber auch für die Palästinenser, die aus Ostjerusalem durch verschiedene Schikanen vertrieben werden sollen, oder die Checkpoints passieren müssen. Für Lüders ist es nicht verwunderlich, dass Menschen in dieser Situation dazu neigen, Gewalt anzuwenden. Noam Chomsky habe das so formuliert: “Ihr nehmt mir das Wasser weg, verbrennt meinen Olivenbaum, zerstört mein Haus. Ihr nehmt mir die Arbeit weg, stiehlt mir das Land, werft meinen Vater ins Gefängnis, tötet meine Mutter, hungert uns aus, erniedrigt uns, aber Schuld trage allein ich, denn ich habe eine Rakete zurückgeschossen.“

Nach Lüders weiß die israelische Regierung, dass die Hamas nicht vertrieben werden darf, da jede Nachfolgeorganisation radikaler wäre. Die Hamas sei 1987 unter Mitwirkung des israelischen Geheimdienstes als islamistische Organisation gegründet worden, um die säkulare Fatah zu schwächen. Die heute sichtbare Gewalt sei auch durch die internationale Gemeinschaft mitzuverantworten. Die Ausweitung des Begriffs "Antisemitismus" auf Kritik an Israels Politik ziele auf die Ausgrenzung jeglicher Israelkritik.

Lüders äußerte sich vor der Vereinbarung des Waffenstillstands ab dem 21.05.2021. (Red.)

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Er ist Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour sowie Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Florian Rötzer: **Moshe Zuckermann: "Israel braucht die Hamas, die Hamas braucht Netanjahu"**

Zu dem am 10.05.2021 einsetzenden Raketenbeschuss auf Israel setzt uns Moshe Zuckermann die Umstände und die Hintergründe auseinander. Er weist auf den Vorlauf von Provokationen durch Israel auf dem Tempelberg hin. Er sieht aber auch, dass Netanjahu das Ganze ankurbelt, wobei er sich der Unterstützung durch Benny Gantz, den Generalstabschef und den Geheimdienst sicher sein kann. Dabei hat Netanjahu bisher mit der Hamas immer im Kontakt gestanden und war nicht interessiert diese ganz auszuschalten, da sie die Feinde der PLO sind und somit die Spaltung der Palästinenser garantieren. Dafür hat man hingenommen, dass es alle paar Jahre zu Gewaltausbrüchen kommt. Nun sei die gesamte militärische Führung der Hamas liquidiert worden, wodurch keine Kontrolle mehr da sei. Zusätzlich wird die Auseinandersetzung auch dadurch verstärkt, dass sich die israelischen Araber mit den Menschen in Gaza solidarisieren und auch zu toben anfangen. Dadurch bekomme die Auseinandersetzung eine neue Qualität, ja es könne eine Katastrophe drohen.

Von der EU oder der US-Regierung erwartet Zuckermann keinen mäßigenden Einfluss, solange der Krieg zwischen Israel und den Palästinensern nicht die US-Interessen tangiert. Von der deutschen Regierung erwartet Zuckermann [keinerlei Kritik an Israel bzgl. des alltäglichen und allnächtlichen horrenden Umgangs mit den Palästinensern](#). "Das liegt daran, dass es mit der Gründung des Staats Israel eine Abmachung gegeben hat: Wir, die Deutschen, zahlen Wiedergutmachung, die Israelis erkennen uns an und nehmen die Wiedergutmachung an. Das war der Deal 1952. Einer der Paragraphen war: Ihr Deutschen werdet uns nicht kritisieren." Daher habe es keine Bundesregierung "fertiggebracht, auch da, wo es klar um Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen ging, ein Statement abzugeben, weil dann von Israel sofort kam, ihr seid Antisemiten. Man hält in Deutschland Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik nicht auseinander."

Nach Zuckermann "muss ein für alle Mal verstanden werden: [Judentum, Zionismus und Israel sind drei verschiedene Kategorien und entsprechend auch Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik](#)."

[Florian Rötzer](#), Jg. 1953, nach dem Studium der Philosophie als freier Autor und Publizist mit dem Schwerpunkt Medientheorie und -ästhetik und als Organisator internationaler Symposien tätig. Seit 1996 Chefredakteur des Online-Magazins Telepolis. (Red.)

[Moshe Zuckermann](#), Jg. 1949, lebte von 1960 bis 1970 in Frankfurt/M., studierte nach Rückkehr nach Israel Soziologie, Politologie und Geschichte in Tel Aviv, promovierte 1987 in deutscher Geschichte; er leitet seit 2000 das Institut für deutsche Geschichte in Tel Aviv. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis & Palästinensern: **Human Rights Watch beschuldigt Israel der Apartheid**

Ende April 2021 veröffentlichte 'Human Rights Watch' (HRW) einen [detaillierten Bericht von 213 Seiten, in dem erklärt wird, auf welche Weise sich die israelischen Behörden des Verbrechens der Apartheid schuldig gemacht haben](#). Der Bericht zeigt Beweise für israelische Pläne, eine jüdische Bevölkerungsmehrheit aufrechtzuerhalten, Palästinenser ethnisch von ihrem Land zu säubern, eine Politik umzusetzen, die die Ansiedlung von Juden in Gebieten, die Palästinensern gehören, fördert und Palästinenser in kleinen Enklaven konzentriert. Die Pläne selbst, auch wenn nicht alle von ihnen erfolgreich umgesetzt wurden, beweisen, dass die israelischen Behörden aktiv und planvoll versuchen, eine jüdische Dominanz im gesamten Gebiet von Israel/Palästina zu etablieren. Der von Richard Falk gelobte Bericht nimmt Bezug auf Artikel II der Anti-Apartheid-Konvention der UN von 1973 und die Definition im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH). HRW hat den IStGH aufgefordert, dieses Verbrechen zu untersuchen. Das Ersuchen um eine Stellungnahme zu dem Bericht wurde von der israelischen Regierung nicht beantwortet.

Das [Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern BIP e. V.](#) möchte, dass sich die deutsche Politik ohne Ausnahme zur Einhaltung von Menschenrechten positioniert, auch wenn es um die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete sowie die Blockade von Gaza geht und dies gerade deswegen tut, weil sich Deutschland als Freund Israels versteht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Friedhelm Klinkhammer & Volker Bräutigam: **Iran lässt den Biden baden gehen**

Für Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam ist das Sicherheits- und Wirtschaftsabkommen China-Iran bahnbrechend. "Das Bündnis Beijing-Moskau-Teheran ist ein [logisches Ergebnis des maßlosen Washingtoner Weltherrschafts-Anspruchs](#) und der hysterischen 'Feindstaaten'-Politik der USA." Die beiden ehemaligen ARD-Journalisten sehen, dass sich die EU mit ihrer US-Gefolgschaftstreue allmählich den Zugang zu den Zukunftsmärkten China, Iran und Russland verbaut. Die beiden werfen der ARD, aber auch anderen Mainstream-Organen vor, mit ihrer negativen Berichterstattung über den Iran und China die geopolitische Realität und die Wahrnehmung der Bürger nicht verstehen zu wollen.

Beachtungswert, was die Autoren in Vergleich zu Mainstream-Nachrichten an Fakten auf den Tisch bringen, aber die sprachliche Darbietung könnte etwas weniger überheblich sein. (Red.)

[Friedhelm Klinkhammer](#), Jg. 1944, war langjähriger Gesamtpersonalratsvorsitzender des NDR und zeitweise persönlicher Referent einer Funkhausdirektorin. (Red.)

[Volker Bräutigam](#), Jg. 1941, ist deutscher Publizist, der schon verschiedene Programmbeschwerden wegen unsauberer Medienberichterstattung einlegte. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Amerika21: **Hunderte Organisationen aus Europa und Lateinamerika gegen EU-Mercosur-Freihandel**

Über 450 soziale Organisationen aus Lateinamerika und Europa haben sich am 15.03.2021 öffentlich gegen das Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem südamerikanischen Wirtschaftsblock 'Markt des Südens' (Mercosur) ausgesprochen. Die [Organisationen haben sich im Bündnis "Stop EU-Mercosur" zusammengeschlossen](#). Sie machen insbesondere auf die schwerwiegenden Konsequenzen für die lokale Bevölkerung im Falle eines Vertragsabschlusses aufmerksam. Ihrem Aufruf zufolge ist das Freihandelsabkommen "Teil eines obsoleten Wirtschaftsmodells, das gescheitert ist: ein Modell, das Konzerninteressen auf Kosten der

planetarischen Grenzen und des Tierschutzes dient und soziale Ungleichheit befördert." Die Ziele und Hauptpunkte des Vertragsabkommens stünden dem Klimaschutz, der Ernährungssouveränität und der Verteidigung von Menschen- und Umweltrechten diametral entgegen.

[Inhalt](#) ↑

- Hans Köchler: **Menschenrechte und friedliche Koexistenz der Staaten: Universalität – Vielfalt – Dialog**

Frieden ist einer der höchsten Werte der internationalen Gemeinschaft. Er ist unverzichtbar für die Verwirklichung der Menschenrechte sowohl auf kollektiver als auch auf individueller Ebene. Die allgemeine Verpflichtung der Staaten, ihre Beziehungen in friedlicher Weise zu gestalten, schließt gegenseitige Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ein. Angesichts dieser universellen Normen, die von der UNO als ihre leitenden Ziele und Prinzipien proklamiert wurden, kann und darf die Verwirklichung der Menschenrechte nicht den Interessen der Machtpolitik untergeordnet werden. Die Menschenrechte sind universell, werden aber der Vielfalt von Zivilisationen und soziokulturellen Traditionen entsprechend verschiedenen angewandt. [Daher ist der einzige adäquate Ansatz im Umgang mit der Vielfalt der Menschenrechtskonzeptionen der auf gegenseitigem Respekt basierende Dialog.](#) Die Leugnung der Vielfalt käme einem im Grunde totalitären Ansatz gleich, der nicht nur den Menschenrechten unmittelbar widerspricht, sondern auch der souveränen Gleichheit der Staaten.

“Universell ist das Prinzip der Menschenwürde, nicht aber die Umsetzung des Prinzips in einem spezifischen (soziokulturellen) Kontext. [...] Ein falscher Universalismus dient vielfach versteckten geopolitischen Interessen“, führt unvermeidlich zu einer Politik des Messens mit zweierlei Maß und “läuft Gefahr, die Bemühungen der UNO zur Förderung der Menschenrechte auf der Grundlage von Unparteilichkeit und Inklusivität zu untergraben und letztlich zu diskreditieren“. Nur wenn Unparteilichkeit und Inklusivität beachtet werden, kann die Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte – unter Achtung der nationalen Souveränität – zur Stärkung der internationalen Rechtsstaatlichkeit und damit zu einer stabilen Friedensordnung beitragen. Die Umsetzung grundlegender Rechte ist in diesem Sinne nur über einen multilateralen Ansatz möglich. Internationale Strategien und Initiativen stehen nur so im Einklang mit der Verpflichtung, die die Gründer der Vereinten Nationen eingegangen sind, nämlich “Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben“.

Ein aktuelles Beispiel für die Praxis des Respektes der Völker untereinander ist der Appell “[Kein kalter Krieg mit Russland – Hört auf damit!](#)“ von verschiedenen Deutsch-Russischen und West-Ost-Gesellschaften und Vereinen, der von jedermann mit unterzeichnet werden kann.

[Prof. Dr. Hans Köchler](#), Jg. 1948, ist langjähriger Vorstand des Institutes für Philosophie an der Universität Innsbruck, hat diverse Gastprofessuren, ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Politik und Präsident der 'International Progress Organization' (UN); er ist international bekannt u. a. durch die Ernennung zum UN-Beobachter des Prozesses im Rahmen des Lockerbie-Anschlages. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michael Schillinger: **Ein Besuch in Liberia**

Schillinger schildert [die Geschichte eines jungen Mannes aus Liberia](#), der dort keine Perspektive sieht und nach Norden wandert. Nach jahrelanger Irrfahrt durch Afrika und verschiedene Lager kommt er in der Schweiz an, lebt einige Zeit ohne Aufenthaltsgenehmigung, kann aber etwas Deutsch lernen und etwas Geld verdienen, bis er von den Behörden wieder ausgeschafft wird. Der Schweizer Journalist begleitet ihn 2018 bei der Rückkehr nach Westafrika. Was findet er vor? Was hat er für Pläne? Es werden soziale und kulturelle Abhängigkeiten und

Schwierigkeiten aufgezeigt, die den Mann erst veranlasst haben, seine Heimat zu verlassen und die ihm auch und wieder begegnen, als er – scheinbar erfolglos in der Fremde – wieder zurückkommt.

[Drei Jahre später besucht derselbe Journalist ihn wieder und berichtet](#), was inzwischen geschehen ist. Das tägliche Leben ist ein Überlebenskampf, der zwischen Perspektivlosigkeit und nicht aufgegebener Hoffnung schwankt.

Wir halten diesen Beitrag für wertvoll, um in der politischen Diskussion zum Migrationsthema eine menschliche Seite zu zeigen (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• **Laurenz Nurk: Leben auf der Straße**

Zu den unveräußerlichen Menschenrechten gehören ohne Zweifel eine sichere Unterkunft und das Wohnen in Würde. Das gilt auch in Deutschland, wo aber die Zahl der Menschen ohne Wohnung stetig ansteigt. Mittlerweile sind rund 700'000 Menschen wohnungslos, knapp 50'000 davon sind obdachlos. Als Ursache von Obdachlosigkeit werden immer zuerst individuelle Gründe und Schicksalsschläge genannt. Dabei ist es vor allem der stetig privatisierte Wohnungsmarkt selbst, der Menschen aus den Wohnungen wirft und auf der Straße leben lässt.

In den letzten 40 Jahren haben sich die vormals gemeinnützigen kommunalen Unternehmen in ihrem Handeln und den Mietpreisen den profitorientierten Konzernen immer mehr angenähert. Verschärft wurde dieser Prozess durch die steuerliche Freistellung von Veräußerungsgewinnen von Kapitalgesellschaften und später durch die Schuldenbremse. Mittlerweile wurden aus dem Bundes-, Landes- und kommunalen Wohnungsbesitz insgesamt rund 1,1 Millionen Wohnungen in privates Eigentum überführt. [Lächerliche 2,3% der rund 23 Millionen Mietwohnungen sind heute noch in kommunalem Eigentum](#).

Da die Mietpreise steigen und die öffentlichen Zuschüsse an die Mieter damit nicht Schritt halten, kommt es zu immer mehr Zwangsräumungen. Dabei und auch danach unterbleibt eine öffentliche Unterstützung, um den von Wohnungslosigkeit Bedrohten bzw. Betroffenen in ihrem Recht auf Wohnen in Würde zu helfen.

Nun stellte sich auch Hamburgs rot-grüne Regierung auf die Seite reicher Grundbesitzer und die meist armutsgefährdeten [Haushalte in unattraktiven Lagen müssen zu hohe Grundsteuern bezahlen](#).

Was die Privatisierung von Wohnungen bedeuten kann, hat Berlin erfahren: Die landeseigene Gewobag musste 2019 für Wohnungen, die die Stadt 2004 wegen Privatisierung der GSW verkauft hatte, unter Berücksichtigung der beim Rückkauf auf den Wohnungen mittlerweile lastenden Schuld [mehr als 20-mal so viel ausgeben, wie sie 2004 eingenommen hatte](#). Den vom Steuerzahler finanzierten Gewinn haben die 'Deutsche Wohnen' und die im Steuerparadies Luxemburg beheimatete 'Ado Properties S.A.' gemacht.

[Laurenz Nurk](#), Autor und Gründer der Website [gewerkschaftsforum.de/](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• **Kontrast.at: Eines der größten Unternehmen Spaniens gehört seinen Arbeitern, die Genossenschaft Mondragón**

Kontrast.at stellt uns die Geschichte und die Arbeitsweise der weltweit größten und global agierenden Genossenschaft Mondragón dar. Sie entstand nach dem spanischen Bürgerkrieg im gleichnamigen baskischen Ort. Nach sieben Jahren gab es mehr zwanzig Genossenschaften, die in sehr unterschiedlichen Wirtschaftssektoren tätig waren. [Die Beschäftigten führen und besitzen ihr Unternehmen selbst](#). Strategische Fragen werden in einer Generalversammlung durch Delegierte der Teilgenossenschaften im Interesse der Mitarbeiter entschieden. Das Lohngefälle ist

verglichen mit anderen Firmen moderat: der Präsident von Mondragón verdient 6-mal so viel wie die unterste Lohngruppe. Die Abwesenheitsrate ist um die Hälfte niedriger als in gewöhnlichen Betrieben und die Produktivität um 8% höher. Kommt eine Teilgenossenschaft in finanzielle Schwierigkeiten wird ihr solidarisch geholfen. Die Genossenschaft aus dem Baskenland ist heute Vorbild für Unternehmen und Regierungen.

Der Blog ['kontrast.at'](#) wird vom SPÖ-Parlamentsklub (Wien) herausgegeben. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Clemens Ronnefeldt: Städtepartnerschaft Köln Wolgograd**

Der Verein 'Städtepartnerschaft Köln-Wolgograd' besteht seit den 1980er Jahren. Er wurde unter anderem vom damaligen Kölner Oberbürgermeister Burger mit ins Leben gerufen. Die heutige Vorsitzende Eva Aras arbeitet dort seit über 30 Jahren mit und berichtet in einem Interview über die Geschichte und die Aktivitäten.

Eine Hauptaufgabe ist die Unterstützung der ehemaligen russischen Zwangsarbeiterinnen in Deutschland, die heute in Wolgograd oft auf Unterstützung angewiesen sind. Sie wurden in der Sowjetunion lange Zeit als Kollaborateure angesehen und waren so doppelt Opfer. Die Hilfe bezieht sich zum Teil auch auf die Kinder der Zwangsarbeiterinnen, die in Deutschland zur Welt gekommen sind.

Eva Aras erläutert mit Bild- und Filmeinblendungen die [alljährlichen Treffen, die abwechselnd in Wolgograd und in Köln stattfinden und eindrucksvoll und bewegend die menschlichen Begegnungen zeigen](#). Nicht nur der "alten" Geschichte wird gedacht, auch Schüleraustausch und andere Aktivitäten werden mit organisiert und unterstützt. Dazu gehören aktuell auch Veranstaltungen in Köln zum 80. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion am 22.06.2021 (Video, 52min).

[Clemens Ronnefeldt](#), Jg. 1960, engagierte sich sehr früh in der Friedensarbeit. Er ist seit 1992 Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des 'Internationalen Versöhnungsbundes'. Seinen Hintergrund und inneren Ansatz beschrieb er 2003 in einem [Vortrag](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑